

Billige Wortspenden

Lisa Nimmervoll

PRO Im Abc des Spenden-Alphabets ist A nicht gleich A: Wenn Ihnen die Ameisenforschung besonders am Herzen liegt und Sie dafür Geld spenden, dann sagt der österreichische Staat für diese private Querfinanzierung brav Danke, indem er Ihre gute Tat im Dienste der Wissenschaft steuerlich honoriert. Wenn Sie sich A wie den Amurleoparden als Hilfsobjekt ausgesucht haben, ist das sehr edel von Ihnen und hilfreich dazu, weil es von dieser Wildkatzenart nur noch rund 30 Exemplare in freier russischer und chinesischer Wildnis gibt. Aber die Wortspende der Republik Österreich dazu lautet: Wurscht, was kümmert uns das fremde Viech? Ihre Spende an den WWF ist Ihr Ding.

Ja, finanzielle Spenden sind eine höchstpersönliche Form von zivilgesellschaftlichem Engagement und individueller Umverteilung – und sei es durch den symbolischen „Kauf“ eines erleichterten Gewissens. Niemand muss, jede/r darf. Es ist aber unlogisch, ungerecht und unsinnig, dass künftig (neben Spenden für Forschung) nur „Mensch zu Mensch“-Helfer, die dem Staat ein bisschen Armutsbekämpfung abnehmen, spendenbegünstigt sein sollen. Und all jene NGOs, die für Tiere, Umwelt, Klima oder gesellschaftspolitische Fragen wie bürgerliche Grundrechte kämpfen, tun nichts für Menschen? Ein Endzeitszenario: weniger arme Menschen, mehr ausgerottete Tiere und eine kaputte Welt? Die Zeit, in der man diese Themen getrennt denken und behandeln konnte, ist lange vorbei. Die Spenden dafür sind gleich wichtig – und sie sollten auch gleich viel wert sein.

Zu viel Privat-Charity

András Szigetvari

KONTRA Es stimmt schon: Die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden klingt verlockend. Weniger Steuern, mehr Spendenaufkommen, NGOs und Hilfsbedürftige profitieren. Der Vorschlag birgt jedoch mindestens genauso viele Gefahren wie Chancen. Dem erwarteten jährlichen privaten Spendenzuwachs in der Höhe von rund elf Millionen Euro steht ein Verlust von 40 bis 80 Millionen Euro Steuereinnahmen gegenüber. Der Spendenzuwachs ist potenziell, der Steuerverlust fix. Gerade inmitten der Finanzkrise könnte die Regierung versucht sein, die entgangenen Einnahmen durch die Kürzung von Sozialleistungen auszugleichen. Privat-Charity statt sozialer Umverteilung.

Der Vorschlag von Minister Josef Pröll ist zudem unausgereift. Die Absetzbarkeit soll auf karitative Organisationen beschränkt sein, Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace wären ausgenommen, sie könnten durch die Neuregelung sogar finanzielle Einbußen erfahren. Dabei gilt es als unumstritten, dass gerade Klimaschutzprojekte – etwa in Dürregebieten – armutsbegrenzend sein können.

In der Entwicklungshilfe geht die Tendenz zu Recht in Richtung einer stärkeren Rolle des Staates und Zurückdrängung der NGOs, die oft ohne das nötige Know-how arbeiten. Insofern wäre es für eine effektive Armutsbekämpfung sinnvoller, wenn der Staat die 40 bis 80 Millionen nicht über Steuergutscheine verteilt, sondern das Geld selbst in die Hand nimmt. Gerade die Finanzkrise hat gezeigt, wie fatal es sein kann, wenn der Staat zu viel Gestaltungsspielraum aufgibt.